

Beschluss (vorläufig) Unsere Solidarität mit Israel

Gremium: Landesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 14.10.2023
Tagesordnungspunkt: V-DRI Dringlichkeitsanträge

1 Wir Grüne verurteilen den terroristischen Überfall der Hamas und weiterer
2 Terrororganisationen auf Israel aufs Schärfste und fordern ein sofortiges Ende
3 der brutalen Angriffe. Wir unterstützen den fraktionsübergreifenden
4 Entschließungsantrag „Volle Solidarität mit Israel“ im Deutschen Bundestag. Wir
5 stehen solidarisch und unerschütterlich an der Seite Israels und der in unserer
6 Gesellschaft lebenden Jüdinnen*Juden. Wir gedenken der Opfer und sind voll
7 Mitgefühl für die Hinterbliebenen.

8 Viele Jüdinnen*Juden in Deutschland haben Angehörige in Israel und hören seit
9 Tagen nichts mehr von ihnen. Das brutale Ausmaß der derzeit auf Israel
10 stattfindenden Angriffe sind die tödlichste Gewalt gegen Zivilist*innen seit der
11 Gründung Israels im Jahr 1948. Fest steht, dass der israelische Staat weiter
12 alles daransetzen muss, diesen terroristischen Angriff aus dem Hinterhalt mit
13 aller Kraft abzuwehren. Wir stehen in voller Solidarität an der Seite Israels.

14 Die Menschen vor Ort haben ein Recht auf Frieden. Allerdings ist es nicht
15 möglich, in der aktuellen Situation alle Seiten an einen Tisch zu bekommen, weil
16 es bei terroristischen Organisationen keine an Gewaltlosigkeit und Frieden
17 interessierten Gesprächspartner*innen gibt. Die Vernichtung Israels und seiner
18 Bürger*innen sind integraler Bestandteil der Ideologie von Hamas, Hisbollah und
19 dem iranischen Regime. Deshalb fordern wir, dass auch die Iranischen
20 Revolutionsgarden von der EU als Terrororganisation eingestuft und mit weiteren
21 Sanktionen belegt werden. Wir unterstützen in diesem Zusammenhang die klare
22 Haltung der Bundesregierung. Das Ziel ist, die wiederkehrende Gewalt zu beenden,
23 sodass den Israelis und Palästinenser*innen ein Leben in Sicherheit, Freiheit,
24 Würde und mit gleichen Rechten möglich ist. Wir begrüßen, dass der Beschluss des
25 Bundestages noch einmal zum Ausdruck bringt, dass jegliche Form von
26 Terrorunterstützung mit der vollen Härte des Rechtsstaats begegnet wird.

27 Die Bundesregierung hat bisher schon regelmäßig und sorgfältig die Mittelvergabe
28 für die palästinensischen Gebiete streng evaluiert. Vor dem Hintergrund des
29 grausamen Überfalls wird sie diese erneut prüfen. Bis zum Abschluss dieser
30 Überprüfung sollen keine neuen Verpflichtungen eingegangen werden. Alle etwaigen
31 ausstehenden Zahlungen werden nicht getätigt werden, mit Ausnahme jener für
32 humanitäre Hilfe.

33 Angriffe auf Israel bedeuten immer wieder aufs Neue ein Anstieg von Gewalt gegen
34 Jüdinnen*Juden, weltweit und auch hier in Deutschland. Wir verurteilen
35 Siegesfeiern und Jubelgesänge auf deutschen Straßen über den terroristischen
36 Überfall auf Israel. Eine Verhöhnung der Opfer muss klar verurteilt werden und
37 darf nicht folgenlos bleiben. Hass ist keine Meinung. Gegen die Hamas, ihre
38 Unterstützer und Vorfeld- und Tarnorganisationen sowie Samidoun muss ein
39 Betätigungs- und gegebenenfalls ein Organisationsverbot erlassen werden.
40 Jeglicher Form von Terrorunterstützung muss mit der vollen Härte des
41 Rechtsstaates begegnet werden. Judenfeindlichkeit darf in unserer Gesellschaft
42 keinen Platz haben. Es bedarf einer Evaluation der Sicherheitslage unserer

43 jüdischen Bürger*innen und ihrer Einrichtungen in Baden-Württemberg und
44 Deutschland. Kurzfristig führt kein Weg daran vorbei, die
45 Sicherheitsvorkehrungen gegenüber jüdischen Einrichtungen zu erhöhen.
46 Jüdinnen*Juden haben das verbrieftte Recht, frei und ohne Angst in unserer
47 Gesellschaft zu leben. Das ist unsere Verantwortung, ihr fühlen wir uns als
48 baden-württembergische Regierungspartei zutiefst verpflichtet. Das Schicksal von
49 baden-württembergischen Jüdinnen*Juden ist aufgrund des Terrors und der
50 judenfeindlichen Vernichtungsideologie des Nationalsozialismus untrennbar mit
51 dem Schicksal Israels verbunden. Das Existenzrecht Israels gehört zur deutschen
52 Staatsräson und ist durch nichts zu relativieren.

DRI-1 Unsere Solidarität mit Israel

Antragsteller*in: Pascal Haggenmüller (KV Karlsruhe-Land)

Tagesordnungspunkt: V-DRI Dringlichkeitsanträge

1 Wir Grüne verurteilen den terroristischen Überfall der Hamas und weiterer
2 Terrororganisationen auf Israel aufs Schärfste und fordern ein sofortiges Ende
3 der brutalen Angriffe. Wir unterstützen den fraktionsübergreifenden
4 Entschließungsantrag „Volle Solidarität mit Israel“ im Deutschen Bundestag. Wir
5 stehen solidarisch und unerschütterlich an der Seite Israels und der in unserer
6 Gesellschaft lebenden Jüdinnen*Juden. Wir gedenken der Opfer und sind voll
7 Mitgefühl für die Hinterbliebenen.

8 Viele Jüdinnen*Juden in Deutschland haben Angehörige in Israel und hören seit
9 Tagen nichts mehr von ihnen. Das brutale Ausmaß der derzeit auf Israel
10 stattfindenden Angriffe sind die tödlichste Gewalt gegen Zivilist*innen seit der
11 Gründung Israels im Jahr 1948. Fest steht, dass der israelische Staat weiter
12 alles daransetzen muss, diesen terroristischen Angriff aus dem Hinterhalt mit
13 aller Kraft abzuwehren. Wir stehen in voller Solidarität an der Seite Israels.

14 Die Menschen vor Ort haben ein Recht auf Frieden. Allerdings ist es nicht
15 möglich, in der aktuellen Situation alle Seiten an einen Tisch zu bekommen, weil
16 es bei terroristischen Organisationen keine an Gewaltlosigkeit und Frieden
17 interessierten Gesprächspartner*innen gibt. Die Vernichtung Israels und seiner
18 Bürger*innen sind integraler Bestandteil der Ideologie von Hamas, Hisbollah und
19 dem iranischen Regime. Deshalb fordern wir, dass auch die Iranischen
20 Revolutionsgarden von der EU als Terrororganisation eingestuft und mit weiteren
21 Sanktionen belegt werden. Wir unterstützen in diesem Zusammenhang die klare
22 Haltung der Bundesregierung. Das Ziel ist, die wiederkehrende Gewalt zu beenden,
23 sodass den Israelis und Palästinenser*innen ein Leben in Sicherheit, Freiheit,
24 Würde und mit gleichen Rechten möglich ist. Wir begrüßen, dass der Beschluss des
25 Bundestages noch einmal zum Ausdruck bringt, dass jegliche Form von
26 Terrorunterstützung mit der vollen Härte des Rechtsstaats begegnet wird.

27 Die Bundesregierung hat bisher schon regelmäßig und sorgfältig die Mittelvergabe
28 für die palästinensischen Gebiete streng evaluiert. Vor dem Hintergrund des
29 grausamen Überfalls wird sie diese erneut prüfen. Bis zum Abschluss dieser
30 Überprüfung sollen keine neuen Verpflichtungen eingegangen werden. Alle etwaigen
31 ausstehenden Zahlungen werden nicht getätigt werden, mit Ausnahme jener für
32 humanitäre Hilfe.

33 Angriffe auf Israel bedeuten immer wieder aufs Neue ein Anstieg von Gewalt gegen
34 Jüdinnen*Juden, weltweit und auch hier in Deutschland. Wir verurteilen
35 Siegesfeiern und Jubelgesänge auf deutschen Straßen über den terroristischen
36 Überfall auf Israel. Eine Verhöhnung der Opfer muss klar verurteilt werden und
37 darf nicht folgenlos bleiben. Hass ist keine Meinung. Gegen die Hamas, ihre
38 Unterstützer und Vorfeld- und Tarnorganisationen sowie Samidoun muss ein
39 Betätigungs- und gegebenenfalls ein Organisationsverbot erlassen werden.
40 Jeglicher Form von Terrorunterstützung muss mit der vollen Härte des
41 Rechtsstaates begegnet werden. Judenfeindlichkeit darf in unserer Gesellschaft
42 keinen Platz haben. Es bedarf einer Evaluation der Sicherheitslage unserer
43 jüdischen Bürger*innen und ihrer Einrichtungen in Baden-Württemberg und
44 Deutschland. Kurzfristig führt kein Weg daran vorbei, die

45 Sicherheitsvorkehrungen gegenüber jüdischen Einrichtungen zu erhöhen.
46 Jüdinnen*Juden haben das verbriefte Recht, frei und ohne Angst in unserer
47 Gesellschaft zu leben. Das ist unsere Verantwortung, ihr fühlen wir uns als
48 baden-württembergische Regierungspartei zutiefst verpflichtet. Das Schicksal von
49 baden-württembergischen Jüdinnen*Juden ist aufgrund des Terrors und der
50 judenfeindlichen Vernichtungsideologie des Nationalsozialismus untrennbar mit
51 dem Schicksal Israels verbunden. Das Existenzrecht Israels gehört zur deutschen
52 Staatsräson und ist durch nichts zu relativieren.

Begründung, warum der Antrag nicht fristgerecht gestellt werden konnte

Der Antragsschluss für eigenständige Anträge für die LDK in Weingarten war am 16. September 2023. Der Angriff der Hamas auf Israel erfolgte am 7. Oktober 2023. Somit war es nicht möglich den Antrag entsprechend der Antragsfrist einbringen.

Unterstützer*innen

Lena Christin Schwelling (KV Ulm); Andreas Schwarz (KV Esslingen); Muhterem Aras (KV Stuttgart); Marcel Emmerich (KV Ulm); Cindy Holmberg (KV Reutlingen); Florian Hassler (KV Böblingen); Alexander Maier (KV Göppingen); Sarah Hagmann (KV Lörrach); Oliver Hildenbrand (KV Stuttgart); Julian Dietzschold (KV Heidelberg); Michael Bloss (KV Stuttgart); Lior Smith (KV Stuttgart); Lukas Weber (KV Heidelberg); Agnieszka Brugger (KV Ravensburg); Swantje Sperling (KV Rems/Murr); Konrad Walter (KV Stuttgart); Alexander Schenk (KV Schwäbisch Gmünd); Bennet Müller (KV Aalen-Ellwangen); Hannes Krapp (KV Stuttgart); Anna-Maria Renner (KV Stuttgart); Lukas Hartlieb (KV Heilbronn); Joachim Wöllner (KV Schwäbisch Hall); Jasmin Ateia (KV Freiburg); Julian Pascal Beier (KV Göppingen); Dirk Grunert (KV Mannheim); Ann-Margret Amui-Vedel (KV Ortenau); Susanne Häcker (KV Reutlingen); Joachim Kausch (KV Stuttgart); Norbert Hense (KV Ortenau); Diana Pretzell (KV Mannheim); Andrea Matuschek (KV Ettlingen); Annette Crone (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Jan-Lukas Schmitt (KV Waldshut); Michael Gross (KV Biberach); Lars Maximilian Schweizer (KV Ludwigsburg); Stefan Hubertus (KV Rastatt/Baden-Baden); Michael Joukov (KV Ulm); Roman Wick (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Friederike Benjes (KV Heidelberg); Pauline-Sophie Dittmann (KV Tübingen); Christian Zander (KV Tübingen); Colin Christ (KV Heilbronn); Andreas Klaffke (KV Neckar-Odenwald-Kreis); Clara Madeleine Wellhäußer (KV Freiburg)